

in der Verfassung des DDR-Kirchenbundes vorgesehene freie partnerschaftliche Gegenüber zu den Kirchen des Westens zustande komme (an dem Herrn Seigewasser absolut nichts gelegen ist). Das Wort fährt fort: „Wir sind dankbar für die uns in der EKD geschenkte Gemeinschaft. Indem wir den Bund (der evangelischen Kirchen in der DDR) bejahen, halten wir an der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland fest...“ Diese Formel wird von Pankow verdächtigt, daß damit immer noch die Einheit der EKD indirekt verklammert werden soll. Es dürfte daher zweifelhaft sein, ob sie aufrechterhalten werden kann. Zwar

hielt auch Generalsuperintendent Schönherr an dieser Formel von der „besonderen Gemeinschaft“ fest, wenn sie auch keine juristische Verklammerung darstelle (epd, 7. 5. 69). Er fügte aber in seiner programmatischen Erklärung hinzu, daß die beiden Kirchenbünde nicht nur verschiedenen Staaten angehören, sondern auch unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen. Trotzdem wolle man ein Beispiel möglicher Partnerschaft geben.

Nunmehr hat der Staatssekretär für Kirchenangelegenheiten der DDR das letzte Wort, ehe im Juli die formelle Gründung des selbständigen Kirchenbundes mit staatlicher Genehmigung vollzogen werden kann.

Unruhe in den Kreisen jener Arbeiter, die als Wähler der Unionspartei dem übergroßen Einfluß der Grundbesitzer mißtrauen. Der Führer der protestantischen Extremisten, *I. Paisley*, der aufgrund einer vom neuen Premierminister erlassenen Amnestie eine im März wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ angetretene sechsmonatige Gefängnisstrafe nicht mehr abzusetzen braucht, erklärte, er werde sich mit allen Mitteln jeglichem Zugeständnis an die Bürgerrechtler widersetzen. Chichester-Clark warnte vor neuen Ausschreitungen, die er seinerseits „auf keinen Fall dulden“ werde. Die Bürgerrechtsbewegung (von der B. Devlin in ihrem bereits zitierten Interview sagte: „Das ist keine katholische, keine ‚Fenian‘-[Wiedervereinigung mit Südirland]Bewegung. Wer für ein vereinigtes Irland marschieren will, muß das anderswo tun...“) ist mehr denn je davon überzeugt, daß ihre Ziele, die Wahlrechtsreform, die Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt und bei der Wohnraumbeschaffung, erreicht werden müssen und können. Von der neuen Regierung erwarten sie nicht allzuviel. Ihre Blicke richten sich nach Westminister. Sie wissen, daß keine englische Regierung es sich leisten kann, ein solches Ausmaß an Diskriminierung im Bereich der Wirksamkeit ihrer Gesetze zu dulden.

## Nordirlands permanente Krise

Unter dem Eindruck neuer Unruhen, die am 19., 20. und 21. April in einigen Städten Nordirlands ausgebrochen waren, hatte das nordirische Parlament mit 28 gegen 22 Stimmen am 23. April einer Wahlrechtsänderung zugestimmt, die ja eine der Hauptforderungen der sog. Bürgerrechtsbewegung ist (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 157 ff.). Wenn *T. O'Neill* dennoch am 28. April von seinem Amt als Premierminister zurücktrat, so deshalb, weil es ihm klar geworden war, daß er angesichts der wachsenden Opposition in den Reihen seiner eigenen Regierungspartei kaum weitere Zugeständnisse für die Bürgerrechtsbewegung würde erreichen können. Wohl hatte sich der frühere Handelsminister *B. Faulkner* offen als Nachfolger *O'Neills* angeboten, doch der ehemalige Landwirtschaftsminister *J. D. Chichester-Clark* machte das Rennen mit einer Stimme Vorsprung vor *Faulkner*. Damit bestätigte sich die Voraussage der 22jährigen Psychologiestudentin *B. Devlin*, die bei einer Nachwahl für einen der zwölf den Nordiren vorbehaltenen Sitze im englischen Unterhaus in London das Mandat gewann und damit jüngstes Mitglied des „House of Commons“ in Westminster wurde. In einem Interview für die englische Wochenzeitung „The Observer“ (vom 27. 4. 69 unter der Überschrift „Cassandra in a Miniskirt“) erklärte sie in ihrer plastischen Ausdrucksweise: „*O'Neill* ist erledigt. *Chichester-Clark* saß schon

seit Monaten auf dem Gatter, bis er den rechten Zeitpunkt gekommen sah. Deshalb war er auch zurückgetreten; er hat das bessere Gefühl für den richtigen Moment als *Faulkner*. Ich glaube, er wird wahrscheinlich Premierminister werden... wieder ein Landedelmann...“

### Der Regierungswechsel

*J. D. Chichester-Clark* war — ebenso wie sein ehemaliger Kabinettskollege *B. Faulkner* — aus dem Kabinett aus Protest gegen die „übereilten“ Reformbemühungen *O'Neills* ausgeschieden; doch unmittelbar nach seiner Wahl versprach er, die Wahlrechtsreform bis zu den nächsten Kommunalwahlen (die er allerdings von 1970 auf 1971 zu verschieben gedenkt) durchzuführen. Der 46jährige Farmer, dem man wenig politische Erfahrung nachsagt, ist sich bewußt, „daß die Schwierigkeiten wahrscheinlich erst beginnen“. *M. Holland* vom „Observer“ (4. 5. 69) meint, daß *Chichester-Clark* lediglich deshalb die Wahl gewann, „weil er die traditionellen anglo-irischen Vorstellungen eines Volkes repräsentiert, das noch immer an chronischer politischer und sozialer Unsicherheit leidet. Weil er ein Gentleman ist, wird er Reformen zugestehen und die Katholiken beschwichtigen...“ Neben den Schwierigkeiten, die er von seinem Amtsvorgänger übernommen hat (das ungeduldige Drängen der Extremisten beider Lager), wächst die

### Die Reaktion Londons

In ihrer Jungfernrede am 22. April 1969, die von der gesamten englischen Presse teils zwar zurückhaltend, aber durchweg wohlwollend kommentiert wurde, hat *Devlin* einen leidenschaftlichen Appell an das englische Unterhaus gerichtet, die Diskriminierung der Minderheit (die immerhin 35% der Gesamtbevölkerung Nordirlands ausmacht) „unmißverständlich zu verurteilen“. Diesen Appell beantwortete Innenminister *Callaghan* mit der Feststellung: „Das Parlament in Westminster ist die höchste Autorität kraft des ‚Government of Ireland‘-Aktes... aber wir haben weitreichende Macht an das nordirische Parlament delegiert... und von dort werden die notwendigen Reformen zu erwarten sein. Sie sind die Treuhänder. Ihnen wurde die Verantwortung übertragen, aber die letzte Verantwortung bleibt in diesem Haus. Und deshalb ist es die Überzeugung die-

ser Regierung, daß das Volk in Nordirland die gleichen Bürgerrechte genießt wie in jedem beliebigen Teil des Vereinigten Königreiches, das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und auf ein Zusammenleben in Frieden und Wohlstand“. Das Engagement der britischen Regierung ist bislang nur darin deutlich geworden, daß die um 500 Mann verstärkte — etwa 2500 Mann umfassende — englische Garnison in Nordirland zum „Schutz von Sachobjekten“ eingesetzt wurde, als Ende April die Bombenattentate auf Postämter und vor allem auf die Trinkwasserversorgung von Belfast verübt wurden. Extremistengruppen auf beiden Seiten schieben sich gegenseitig die Verantwortung dieser Terroraktionen zu, ohne schlüssige Beweise liefern zu können. Es ist bekannt, daß Premierminister *Wilson* schon T. O'Neill in mehreren Gesprächen zu einer Lösung der nordirischen Probleme gedrängt hat. Auch der neue Premierminister wird sich dieses Drängen um so mehr gefallen lassen müssen, als das gute Einvernehmen mit London auch ein wirtschaftliches Erfordernis der „Six Counties“ ist, deren Staatshaushalt ohne die Subventionen aus Westminster zusammenbrechen müßte. Zudem wird die Weltöffentlichkeit immer mehr auf Nordirland aufmerksam. Der süd-irische Außenminister *F. Aiken* flog am 22. April nach New York, um mit UN-Generalsekretär *U Thant* über Nordirland zu sprechen. (Diese Reise wurde von verschiedenen Seiten — auch etwa vom englischen „Catholic Herald“, 9. 5. 69 — als „übereilt“ betrachtet.)

### *Die Haltung der Bischöfe*

Kardinal *Conway*, der Primas von ganz Irland, Erzbischof von Armagh, das in Nordirland liegt, hatte es vor den Parlamentswahlen im Februar abgelehnt, den Katholiken Nordirlands irgendwelche Wahlempfehlungen zu geben. Er erklärte, sie seien wohl mündig genug, ihre eigene Wahl zu treffen. Anders verhielt sich das Blatt „Catholic Standard“, das unter der Überschrift „Support O'Neill“ (am 14. 2. 69) zur klaren Unterstützung des damaligen Premierministers aufrief. T. O'Neill hatte sich ebenso eindeutig um die katholischen Wähler bemüht. In Nordirland selbst dürfte sich die Frage, warum die Bischöfe

sich nicht offen für den Reformkurs O'Neills einsetzten, wohl kaum gestellt haben. Denn die Regierung der Republik „Eire“ hat die Regierung in Belfast nie anerkannt, weil man im Süden die 1921 vollzogene Teilung des Landes bis heute politisch ignoriert. Als Primas von ganz Irland muß sich der Kardinal schon deswegen eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Der Kardinal hat auch seinerseits in einem Interview im (protestantischen) „Belfast Telegraph“ erklärt, für die Haltung der Bischöfe in der nordirischen Frage seien keine politischen, sondern nur menschliche Gründe maßgebend: so sei auch die (vom Interviewer erwähnte) Tatsache, daß kein Bischof in Nordirland einen öffentlichen Empfang besuche, „als stiller Protest gegen die Art und Weise gemeint, wie Katholiken in Nordirland behandelt werden, und habe keinerlei politische Hintergründe“. Eine politische Erklärung sei von den Bischöfen nicht zu erwarten. Das heißt nicht, daß die Bischöfe insgesamt geschwiegen hätten. Sie haben sich nicht nur gegen den Regierungsplan einer „integrierten Erziehung“ in Nordirland gewandt (vgl. „Catholic Standard“, 7. 3. 69), sondern auch wiederholt die Gewaltanwendung bei Bürgerrechtsdemonstrationen verurteilt. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Bischöfe im Januar die Rechtmäßigkeit des Anliegens der Bürgerrechtsbewegung betont. „Die Bürgerrechtsbewegung war ihrem Wesen nach gegen die Gewaltanwendung und gegen jedes Sektierertum. Dies hat sie oft klar und überzeugend bewiesen.“ Jedoch „kleine, insbesondere militante Gruppen haben sich für ihre eigenen Zwecke der Bürgerrechtsbewegung angeschlossen“. Auch diese Zurückhaltung der Bischöfe und des Klerus deutet darauf hin, daß es in Nordirland nicht um einen Glaubenskampf geht, sondern um

eine innenpolitische, eine soziale Frage. In katholischen wie in protestantischen Kirchen Nordirlands wird zur Mäßigung, zur Enthaltung von jeglicher Gewaltanwendung gemahnt. Einen überzeugenden Beweis der Einigkeit in diesem Punkt gaben der katholische und der anglikanische Bischof von Londonderry, als sie am 26. April gemeinsam mit den Führern der übrigen Glaubensgemeinschaften durch die von den Unruhen besonders betroffenen Stadtviertel gingen, um zur Ruhe und Besonnenheit zu mahnen.

### *Wie soll es weitergehen?*

Niemand vermag zu sagen, wie sich die Lage in Nordirland weiter entwickeln wird. Die Londoner „Times“ (21. 4. 69) hat angesichts der Aprilunruhen von „einer rhythmischen Progression der Ereignisse“ gesprochen. Die Gefahr eines regelrechten Bürgerkrieges ist längst nicht gebannt. Wird die ohnehin hart bedrängte Labour-Regierung in London eine Lösung der Bürgerrechtsfrage in Nordirland herbeiführen können? „Die beiden dringenden und unmittelbar notwendigen Erfordernisse in Nordirland“ sind nach „Catholic Herald“ (9. 5. 69) „erstens ein zielstrebiges Mühen um das Zustandebringen einer starken, in sich einigen Opposition im Stormont (dem nordirischen Parlament) und zweitens jemand in Westminster, der finanziell erwirken und Geschäftsbeziehungen in Whitehall und der City etablieren kann“. Ersteres würde dazu beitragen, die Regierungspartei und das Kabinett in Nordirland immer wieder an die absolute Notwendigkeit der Reformen zu erinnern, und letzteres könnte die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Durchführung dieser Reformen (die Gleichberechtigung bei Arbeitsbeschaffung und Wohnungsbau) verwirklichen helfen.

## *Befriedigungsbemühungen in Venezuela*

Seit dem 12. März dieses Jahres ist *R. Caldera*, der mit der Wahlparole „Cambio“ (Wandel) im Dezember 1968 einen recht knappen Sieg errungen hat, Präsident von Venezuela (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 45). Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes konnte ein

aus der Opposition hervorgegangener Präsident das Amt ohne Gewaltanwendung übernehmen. Caldera ist nach *E. Frei* der zweite christdemokratische Regierungschef des Kontinents. Das Programm seiner Partei entspricht auch weitgehend den Vorstellungen der chilenischen Christ-